

Partnern bestünden solche bürokratischen Hindernisse. Wenn man A gesagt habe, müsse man auch B sagen. Natürlich müßten die Direktbeziehungen kontrolliert werden, aber alles müsse dynamischer verlaufen. Manchmal habe er den Eindruck, daß die Institutionen des Außenhandels daran interessiert seien, die genannten bürokratischen und formalen Verfahrensweisen zu erhalten, denn sie leben ja zum Teil davon. Damit müsse gründlich gebrochen werden.

Genosse Jaruzelski schlug weiter vor, auf einem der nächsten Treffen, vielleicht auch nicht unbedingt auf der höchsten Ebene, die Frage der Arbeit mit der Jugend zu beraten. Es handele sich um die Millionen, die den Sozialismus im 21. Jahrhundert weiter aufbauen werden. Besonders in Polen sei spürbar, daß der Gegner daran interessiert sei, die Jugend zu vergiften, ihr alle möglichen unnötigen und negativen Ideen, Moden und Strömungen aufzuzwingen. Über die Arbeit mit der Jugend sollten Erfahrungen ausgetauscht werden. Auf vielen Ebenen gebe es einen breiten Austausch, besonders mit der DDR gebe es einen großen Austausch von Jugendlichen, auch mit der Sowjetunion. Aber all das sei in gewisser Hinsicht noch Partisanenarbeit. Es gebe noch kein breites, umfassendes System, das alle Aspekte dieser Arbeit berühre. Wenn die Jugend mehr über Jugendprobleme in westlichen Ländern wisse als über das Leben der Jugend in den Bruderländern, dann könne dies nicht günstig sein. Man sollte nachdenken über gemeinsame Fernsehprogramme, über eine gemeinsame illustrierte Zeitschrift, die gleichzeitig in den Sprachen der sozialistischen Bruderländer erscheinen könne. Es gebe sicher auch viele andere Ideen. Nach seiner Meinung sollten die zuständigen Sekretäre der Zentralkomitees beauftragt werden, zu diesen Fragen entsprechende Vorschläge auszuarbeiten. Die Generalsekretäre könnten sich dann diesen Komplex ansehen, um der ganzen Sache einen neuen Impuls zu verleihen.

Genosse Jaruzelski dankte Genossen Michail Gorbatschow für die umfangreiche Information über die Ereignisse im Kernkraftwerk Tschernobyl und die Folgen. Er brachte die tiefe Anteilnahme und Solidarität mit den sowjetischen Freunden zum Ausdruck. Polen und er persönlich haben sich zu diesem Thema klar und eindeutig sowie in der Öffentlichkeit geäußert. Sowjetische Spezialisten seien nach Polen gekommen und hätten mit polnischen Fachleuten zusammengearbeitet. Damit sei zum Ausdruck gekommen, daß es sich um eine gemeinsame Sache handelte, die gemeinsam geklärt werden mußte. Dies sei wichtig zu sagen, da der Gegner bis zum heutigen Tage versuche, aus diesem Ereignis Kapital zu schlagen. Es sei wichtig gewesen, zu diesen Fragen kompetente Wissenschaftler vor der Öffentlichkeit auftreten zu lassen.

Es sei jedoch notwendig, noch weitere Schlußfolgerungen zu ziehen. Er habe darüber u.a. auch mit dem Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages, Genossen Kulikow, gesprochen. Dieser habe mit großem Verständnis aufgenommen, daß den Fragen der Zivilverteidigung größere Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse. Es gehe auch darum, alle Pläne und Konzeptionen unseres Bündnisses und auch von militärischen Übungen zu überprüfen und realistischer an sie heranzugehen. Keiner dürfe z. B. die Vorstellung haben, daß es in einem Nuklearkrieg möglich sei, nach 5 bis 6 Tagen Kaffee in Paris zu trinken. Das tragische Ereignis sollte genutzt werden, um an alle Fragen mit mehr Realismus heranzugehen.

Zu den Ergebnissen der Tagung des PBA schätzte Genosse Jaruzelski ein, daß ein Dokument verabschiedet worden sei, welches alle europäischen Länder, aber nicht nur diese, betreffe. Es gehe hier nicht um Kernwaffen, über die nur einige Länder verfügen, sondern um solche Waffen, die alle Länder besitzen. Die Tatsache, daß an diesen Fragen faktisch alle Staaten interessiert sind, sollten wir noch stärker nutzen. Es sei wichtig, ein Szenarium vorzubereiten, und bereits jetzt Ideen auszuarbeiten,

wie wir reagieren, wenn die Gegenseite versucht, unsere Vorschläge zu umgehen. Eine solche Reaktion des Gegners werde kommen, und wir brauchten eine rechtzeitige Position, die uns in die Lage versetzt, die andere Seite an die Wand zu drängen. Die Dokumente seien zwar sachlich gehalten, hätten an sich aber noch keinen großen Propagandaeffekt. Es gehe darum, unsere Vorschläge noch überzeugender darzulegen und die Auseinandersetzung mit den Argumenten des Gegners (z.B. über die konventionelle Überlegenheit des Warschauer Vertrages) koordinierter zu führen. Es gehe darum, daß wir eine gemeinsame Sprache sprechen, daß wir nicht allgemein bleiben, sondern auf die Positionen des Gegners eine konkrete Antwort geben.

Vielleicht wäre es zweckmäßig, dazu eine besondere Arbeitsgruppe aus Vertretern der Außenministerien und des Vereinten Oberkommandos zu bilden, um diesen Prozeß operativ in Moskau oder anderswo zu verfolgen und Empfehlungen für unsere Propaganda auszuarbeiten, damit wir diese Chance voll nutzen.

Genosse Gustav Husak brachte seine Zustimmung zur Einschätzung des Verlaufs und der Ergebnisse der Tagung des PBA zum Ausdruck. Er schätzte auch die von Genossen Gorbatschow gegebenen Informationen hoch ein. Alle spürten, daß Genosse Gorbatschow einen neuen Elan in die Beratungen der Generalsekretäre sowie in die Zusammenarbeit der Bruderparteien und Bruderländer insgesamt hineingetragen habe.

Zu Tschernobyl sei alles gesagt. Die CSSR verfüge über ein Atomkraftwerk, das jetzt 15 Jahre arbeite. Dort seien 6 Blöcke in Betrieb. Natürlich habe es bestimmte kleine technische Mängel gegeben, aber noch keine großen Probleme. Ständige Kritik gebe es von Österreich, da sich das Kernkraftwerk in der Nähe der österreichischen Grenze befinde.

Die CSSR habe mit Österreich einen Vertrag über die gegenseitige Information bei Havariefällen.

Nach Meinung von Genossen Husak besteht das Hauptrisiko im menschlichen Faktor, in der Betriebssicherheit der Reaktoren. Die Regierung der CSSR und Genosse Strougal üben in dieser Frage eine strenge Kontrolle aus. Bisher sei nichts passiert, aber dies sei keine Garantie. Genosse Gorbatschow hatte über neue und alte Sicherheitssysteme gesprochen. Es sei notwendig, sofort bessere Systeme der Reaktorsicherheit in alle Kernkraftwerke einzubauen. Im Westen sei eine gewaltige Hysterie um dieses Ereignis entfaltet worden. Diese habe relativ breite Wirkung erzielt. Genosse Husak brachte seine tiefe Anteilnahme gegenüber den sowjetischen Genossen anlässlich dieser tragischen Ereignisse zum Ausdruck.

Er äußerte Zustimmung zu einem Treffen der Generalsekretäre im Herbst in Moskau. Es wäre sehr gut, eine Frage wie die ökonomische Integration auf die Tagesordnung zu setzen. Es seien dazu schon viele Beschlüsse angenommen worden. Alle Bruderländer arbeiteten aktiv auf diesem Gebiet. Jedoch auch alle spürten, daß es zu langsam vorgehe. Es werde überall kritisiert und nach Wegen gesucht, wie man schneller vorankommen könne. Jetzt sei es notwendig, eine bestimmte Etappe der Diskussion abzuschließen. In der Theorie sei man sich im wesentlichen einig. Das Treffen müsse so konkret wie möglich gestaltet werden. Beschlüsse gebe es genug. Jetzt gehe es darum, wie man sie mit Leben erfülle. Hier bestünden viele Hindernisse und Barrieren. Die Erfahrungen der anderen Bruderländer könnten bei der Lösung eigener Fragen helfen.

(Genosse Michail Gorbatschow schlug vor, nunmehr zu vereinbaren, das reguläre Treffen im Herbst ökonomischen Fragen zu widmen. Die sowjetische Seite als Gastgeber werde einen Vorschlag

unterbreiten, welche Fragen behandelt werden und welches das Ergebnis sein sollte, ob das Treffen vor oder nach der Tagung des RGW durchgeführt werden sollte. Wenn sie das Recht dazu erhalte, werde sie ihre Überlegungen den Bruderparteien mitteilen und von ihnen Vorschläge abfordern.

Genosse Erich Honecker brachte dazu sein Einverständnis zum Ausdruck.)

Genosse Gustav Husak erinnerte an die Annahme des Komplexprogramms der Integration. Ein Programm sei gut, aber wie werde es realisiert? Dies betreffe vor allem Grundfragen der Wirtschaftsleitung. Das Ziel sei allen Bruderländern klar, aber die Methoden zur Erreichung dieses Ziels seien noch unzureichend entwickelt. Es gehe nicht darum, sich über das Ziel zu verständigen, sondern über die Methoden bei der Entwicklung und Anwendung der Technik, der Organisation der Produktion, des Außenhandels. Es sollte auch die Frage beraten werden, wie man gemeinsam auf den Außenmärkten auftreten könne. Vor allem müsse das "wie" klargemacht werden.

Die kapitalistischen Staaten verfügten bekanntlich über ihre eigenen Methoden, die jedoch bei uns nicht angewandt werden können. Unsere eigenen Erfahrungen reichten aber noch nicht aus.

Zu den internationalen Fragen sei die allgemeine Linie auf der Tagung des PBA abgestimmt worden. Aber in der Tagespolitik entstünden immer wieder neue Fragen. Es gebe Reisen ins Ausland und Delegationsbesuche in den Bruderländern. Man stimme sich operativ ab und hole sich Rat, besonders in Moskau oder anderswo. Das wirke sich nicht zum Schaden der Selbständigkeit der Staaten aus. Alle Bruderländer berieten sich, vor allem in Moskau, damit keine großen Fehler gemacht würden.

Genosse Husak brachte den sowjetischen Genossen seine Dankbarkeit dafür zum Ausdruck, daß sie ständig Informationen über Delegationsbesuche in der Sowjetunion sowie über wichtige außenpolitische Fragen übermittelten. Diese seien sehr wichtig. Nur durch rechtzeitige gegenseitige Information und Beratung könne man mit einheitlichem Schritt vorangehen. Dieser einheitliche Schritt in den praktischen Aktionen müsse weiter gefestigt werden.

Genosse Todor Shiwkow erklärte seine Zustimmung zur positiven Einschätzung der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses. Vor allem hob er die kameradschaftliche, freundschaftliche Atmosphäre hervor. Diese Tagung werde für die weitere Festigung der Geschlossenheit und Solidarität der Bruderländer eine wichtige Rolle spielen. Sie habe bedeutsame Dokumente angenommen, vor allem den Gemeinsamen Appell. Er dankte Genossen Michail Gorbatschow für die Informationen über Tschernobyl und über die Beratung im sowjetischen Außenministerium. Er erwarte mit Interesse das Plenum des ZK der KPdSU, da die Probleme, die dort beraten wurden, gemeinsame Probleme der Bruderländer seien. Auch die Beratung im MfAA sei für die bulgarischen Genossen von großem Interesse.

(Genosse Husak warf ein, daß in der GSSR jährlich solche Beratungen durchgeführt würden, die nächste im kommenden Monat.

Genosse Honecker betonte, daß dies auch in der DDR so sei. Genosse Gorbatschow stellte fest, daß man in der Geschichte der Sowjetunion zum ersten Mal eine solche Beratung durchführe.

Genosse Erich Honecker ergänzte: "seit Lenins Zeiten!")

Genosse Todor Shiwkow bekundete Anteilnahme zur Havarie von Tschernobyl und würdigte die heldenhaften Anstrengungen, die zur Beseitigung der Havarie unternommen wurden. Er führte das bulgarische Sprichwort: "Ohne Schlechtes, nichts Gutes" an und bemerkte, daß es gelte, aus diesem Unglück Lehren zu ziehen. Deshalb begrüße er, was Genosse Michail Gorbatschow über die Schritte der Sowjetunion zur Frage der friedlichen Nutzung der Atomenergie unternommen habe. Es sei auch richtig, daß diese Havarie unmittelbar mit der Auseinandersetzung um die Nuklearrüstung verbunden worden sei. Auf diese Frage müsse man immer wieder zurückkommen, weil diese ungeheure

Gefahr für die Menschheit existiere. Wenn ein solcher Reaktor z. B. in der BRD explodiere, werde die BRD in eine Wüste verwandelt, und auch die Nachbarn würden Schreckliches abbekommen. Um wieviel schlimmer werde es sein, wenn ein wirklicher Schlag mit Nuklearwaffen geführt werde.

(Genosse Gorbatschow wies darauf hin, daß gegen Kernkraftwerke auch Diversionsakte möglich seien. Es gebe heute in der Welt viele, die daran Interesse hätten.)

Es genüge schon, so führte Genosse Shiwkow weiter aus, eine Artilleriesalve auf ein Kernkraftwerk abzufeuern. Die Frage aller Fragen bestehe darin, die Menschheit vor der Vernichtung zu schützen und die Zivilisation zu retten. Diese Frage sei nicht abgeschlossen. Wir brauchten ein offensives Vorgehen, um unser Verantwortungsbewußtsein für die ganze Menschheit noch wirksamer zu demonstrieren. In dieser Frage sollten nach seiner Meinung die großen Möglichkeiten noch besser ausgenutzt werden, die zur Mobilisierung breiter Kräfte für den Friedenskampf bestehen.

(Genosse Husak bemerkte, daß es dem Gegner gelang, in dieser Frage Panik auszulösen.)

Genosse Gorbatschow bezeichnete dies als eine wichtige Bemerkung. Es sei auch charakteristisch, daß in den USA seit 1979, dem Jahr des großen Reaktorunglücks dort, kein neuer Reaktor gebaut worden sei.)

Genosse Shiwkow wies darauf hin, daß die friedliche Nutzung der Atomenergie fortgesetzt werden müsse. Die Menschheit könne darauf nicht verzichten.

Zum geplanten Treffen der Generalsekretäre in Moskau sagte er, daß die BKP auf eine Einladung warte. Offensichtlich werde man auf dieser Beratung an den ökonomischen Fragen nicht vorbeigehen können.

Genosse Erich Honecker bat darum, noch einen Vorschlag ergänzen zu dürfen. Anknüpfend an die Ausführungen des Genossen Ceausescu zur kommunistischen Weltbewegung legte er dar, daß diese Frage auch die SED bewege. Wir haben breite Beziehungen mit allen Parteien und kommen mit diesen u. a. auf den Parteitagen zusammen. Viele Bruderparteien stellten die Frage nach einer neuen Zusammenkunft. Nach seiner Auffassung sollte man eine Zusammenkunft zur Friedensfrage vorbereiten und sie nicht daran scheitern lassen, daß diese oder jene Partei nicht teilnehme.

Genosse Gorbatschow stimmte zu, daß bestimmte Schritte getan werden müßten. Alle politischen Bewegungen auf der Welt träfen sich häufig.

Genosse Erich Honecker wies darauf hin, daß sich die einzelnen kommunistischen Parteien anderenfalls alleingelassen fühlen.

Genosse Nicolae Ceausescu bat ebenfalls um die Möglichkeit einer Ergänzung. Im Bericht des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte sei ihm aufgefallen, daß die Ausgaben für Militärtechnik um 40 bis 60 Prozent gestiegen seien. Wenn im Herbst auf dem Treffen der Generalsekretäre ökonomische Fragen erörtert werden sollten, wäre es auch erforderlich, die Frage der Höhe der Militärausgaben zu diskutieren.

Im vergangenen Fünfjahreszeitraum seien die Wirtschaften der Bruderländer im Durchschnitt um 12 bis 16 Prozent gewachsen. Die Ausgaben für militärische Ausrüstungen seien jedoch um 50 bis 60 Prozent angestiegen. Wenn man weiter so an diese Frage herangehe, dann werde dies Schwierigkeiten für die Entwicklung der Bruderländer schaffen. Er schlage vor, diese Frage auf dem Treffen der Generalsekretäre im Herbst zu erörtern. Natürlich müßten die Ausrüstungen der Armeen weiterentwickelt werden. Aber man müsse beraten, in welchem Rahmen die Ausgaben dafür erhöht werden müßten. Auf jeden

Fall werde auf diesem Gebiet jetzt mehr getan, als in der Volkswirtschaft eingesetzt werde.

Genosse Michail Gorbatschow wies darauf hin, daß in dem gemeinsam angenommenen Appell die Reduzierung der Streitkräfte, der konventionellen Waffen und auch der Militärausgaben vorgeschlagen werde. Sobald dieser Prozeß beginne, könne es zu einer Reduzierung der Militärausgaben kommen.

Genosse Nicolae Ceausescu bemerkte, daß es ihm um Reduzierungen der Ausgaben unabhängig von diesem Vorschlag gehe.

Genosse János Kádár schlug vor, daß Genosse Michail Gorbatschow die Ergebnisse des Treffens in einem Schlußwort zusammenfaßt.

Genosse Gorbatschow bemerkte, daß er dafür keine Notwendigkeit sehe und meinte, daß man das Wort Genossen Kádár geben solle.

Genosse János Kádár dankte Genossen Michail Gorbatschow und den anderen Genossen für ihre Ausführungen. Er bekundete sein großes Interesse an einer Information über die Ergebnisse des bevorstehenden Plenums des ZK der KPdSU. Auch die USAP werde in der nächsten Woche ein Plenum des ZK durchführen. Dort würden internationale Fragen behandelt, natürlich in erster Linie das Treffen mit Genossen Gorbatschow und die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses. Außerdem stünden die Ergebnisse der ökonomischen Arbeit in der UVR in den vergangenen fünf Monaten zur Diskussion. Man werde viele Korrekturen an der Arbeit auf diesem Gebiet anbringen müssen.

Genosse János Kádár schätzte die schnellen und effektiven Maßnahmen hoch ein, die die sowjetische Führung bei der Überwindung der Folgen der Havarie von Tschernobyl durchgeführt habe. Er würdigte insbesondere die Fernsehrede des Genossen Gorbatschow. Sie wurde in der ungarischen

Bevölkerung gut aufgenommen und bot günstige Möglichkeiten für eine aktive Arbeit nach außen. Genosse Kádár bekundete sein Interesse an weiteren Informationen über die Entwicklung in dieser Frage.

Zu den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen betonte Genosse Kádár, daß die UVR das Genfer Gipfeltreffen begrüßt habe. Sie begrüße jetzt auch die sowjetische Position, die Durchführung des Treffens offenzuhalten. Wenn es jedoch dazu kommen sollte, daß das Treffen nicht stattfindet, sei es wichtig, der internationalen Öffentlichkeit klarzumachen, daß die Schuld dafür nicht die Sowjetunion trage.

Die Ausführungen des Genossen Michail Gorbatschow zur BRD sehe er im Zusammenhang des gesamteuropäischen Komplexes. Es war sehr gut, daß Genosse Gorbatschow zum ersten Mal in Paris auftrat. Es habe sich auch positiv ausgewirkt, daß er der italienischen Regierung Hoffnung auf einen Besuch gegeben habe. Auch die Kontakte mit Großbritannien und mit der BRD seien positiv. Nach seiner Meinung sei es wichtig zu beachten, daß wir alle auf einem Kontinent leben. Unabhängig, wie die Ergebnisse der Wahlen in der BRD ausfallen, befinden wir uns auch mit der BRD gemeinsam auf einem Kontinent. Genosse Kádár bat die Sowjetunion, wenn es möglich sei, die Kontakte nicht abubrechen, denn - wie die Erfahrungen zeigen, sei es dann später schwierig, sie wieder aufzunehmen.

(Genosse Gorbatschow bemerkte, daß die Sowjetunion diese Absicht nicht habe und daß man natürlich so nicht an die BRD herangehen dürfe).

Genosse Kádár fuhr fort, daß es wichtig sei, wenn ein Gipfeltreffen mit Kohl nicht stattfindet, klarzumachen, daß auch dies nicht Schuld der Sowjetunion sei.

(Genosse Husak informierte darüber, daß die SPD die tschechoslowakische Seite gebeten habe, Brandt noch vor den Wahlen zu empfangen und damit zu unterstützen.)

Genosse Gorbatschow äußerte die Meinung, daß seitens der BRD in dieser Frage ein Spiel getrieben werde. Erich Honecker werde in die BRD eingeladen, andere nicht. Was jedoch die Richtung der Überlegungen der Genossen betreffe, so stimme er zu, daß man die Bedeutung der BRD in der internationalen Politik berücksichtigen müsse. Dies sei die gemeinsame Überlegung der Bruderländer.

Genosse Erich Honecker bemerkte, daß dies richtig sei.

Genosse Kádár wies darauf hin, daß die BRD neben Großbritannien die Hauptstütze der USA in Europa ist.

Genosse Gorbatschow betonte, daß die Sowjetunion der BRD dies zu verstehen gegeben habe.

Genosse Kádár schlug vor, die Diskussion zu dieser Frage abzuschließen.

Genosse Janos Kádár begrüßte die Initiative des Genossen Gorbatschow, im Herbst d.J. ein Treffen der Generalsekretäre in Moskau zu organisieren. Die bisherigen drei Treffen in Sofia, Prag und nun in Budapest seien aus konkretem Anlaß durchgeführt worden. Sie wurden von der Öffentlichkeit der UVR sehr gut aufgenommen. Er schätze besonders die offene, kameradschaftliche Atmosphäre dieser Treffen hoch ein. Deshalb schlage er vor, so fortzufahren, wie man in Sofia begonnen habe. Es sollte sich um keine formalen Treffen handeln, wo viel Papier auf den Tischen liege und wo formale Beschlüsse angenommen werden. Wenn die Generalsekretäre erklärten, daß sie in einer Frage einverstanden seien, dann habe das mindestens so viel Gewicht, wie die Entscheidung irgendeines Gremiums.

Es sollte auf diesen Treffen auch die Möglichkeit bestehen bleiben, daß jeder zu aktuellen Fragen sprechen könne, die ihn bewegten. Er sei nicht dagegen, sich darüber zu verständigen, welche Frage besonders behandelt werden solle.

Er schlage vor, die ökonomischen Fragen auf dem Treffen so zu behandeln, wie man auch auf bilateraler Ebene verfare, d.h., darüber zu reden, was getan werden müsse, um die Beziehungen weiterzuentwickeln. Fragen der Strukturveränderung^{en} des RGW sollten besonders behandelt werden. Diese Veränderungen seien zweifellos notwendig. Der Apparat des RGW sei relativ selbständig und nicht allzu effektiv.

Zum Termin des Treffens der Generalsekretäre wies Genosse Kádár darauf hin, daß der RGW sich mit seinen eigenen dringlichen laufenden Fragen beschäftigen müsse. Bisher sei der Termin der RGW-Tagung der Ministerpräsidenten noch nicht abgestimmt worden. Diese Tagung sollte so schnell wie möglich durchgeführt werden. Danach sollten die Ministerpräsidenten zusammenkommen und beraten, welche Strukturveränderungen im RGW notwendig werden. Diese Vorschläge

sollten sie den Generalsekretären vorlegen. Er sei sich nicht sicher, ob dies der beste Weg sei, aber dies sei seine Meinung.

Zum Kreis der Teilnehmer des Treffens legte er dar, daß in der letzten Zeit viel davon die Rede war, eine engere Zusammenarbeit aller sozialistischen Länder zu erreichen. Er sehe eine solche Notwendigkeit auch hinsichtlich der Treffen der Generalsekretäre. Vielleicht sollte man in Moskau noch einmal in diesem engen Kreis zusammenkommen, diesen noch fester zusammenschließen und sich dort über eine Erweiterung dieses Kreises verständigen. In einem solchen größeren Kreis von Generalsekretären sollten Fragen des RGW im weitesten Sinne des Wortes auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Genosse Michail Gorbatschow betonte, daß alles, was im RGW geplant sei, weiterlaufen müsse, einschließlich der Tagung des RGW auf der Ebene der Ministerpräsidenten. Ihm gehe es um neue Probleme in der gegenwärtigen Etappe der Vervollkommnung der ökonomischen Beziehungen. Diese sollten zunächst auf politischer und theoretischer Ebene beraten und erst danach auf ökonomischer Ebene diskutiert werden. Es gehe nach seiner Meinung zunächst um eine prinzipielle Orientierung. Auf der Grundlage dieser abgestimmten Plattform könnten die Regierungen, die Staatlichen Plankommissionen weiterarbeiten. Deshalb sollte man nach seiner Auffassung mit dem Treffen der Generalsekretäre beginnen, wobei alle anderen Fragen im RGW weiterlaufen sollten.

Genosse Kádár stellte die Frage, ob es nicht günstiger sei, daß die Ministerpräsidenten dazu Ideen vorlegen, da sie sich in diesen Fragen besser auskennen.

Genosse Gorbatschow schlug vor, daß die sowjetische Seite, falls darin Einverständnis bestehe, das Treffen vorbereiten und sich mit den entsprechenden verantwortlichen Genossen beraten werde. Die anderen Teilnehmer des Treffens sollten das gleiche tun. Man werde also nicht nur auf der Grundlage der eigenen Meinung, sondern auch der Fachleute beraten.

Genosse Kádár präziserte seine Bemerkung über das "Papier" bei den Treffen der Generalsekretäre. Wenn er gesagt habe, es sollten nicht Berge von Papier auf dem Tisch liegen, hieße das nicht, daß er gegen jedes Papier sei. Genosse Gorbatschow könne natürlich ein Papier schicken, das die Grundlage der Diskussion bilden werde.

Genosse Gorbatschow schlug vor, sich über diese Frage weiter zu verständigen.

Genosse Husak warf die Frage auf, ob es über diese interne Beratung der Generalsekretäre eine Meldung geben werde.

Genosse Gorbatschow erinnerte daran, daß es über das erste Treffen keine Meldung gegeben habe.

Genosse Honecker äußerte die Auffassung, daß man aus diesem Treffen kein Geheimnis zu machen brauche und deshalb eine kurze Meldung veröffentlichen könne.

Genosse Gorbatschow stimmte zu, und konstatierte, daß es sicher zweckmäßig sei, nur den Fakt des Treffens kurz mitzuteilen. Damit sollte Genosse Kádár beauftragt werden. Er brachte noch einmal den Dank an die ungarischen Gastgeber und Genossen Kádár persönlich für die gute Organisation des Treffens und die große Gastfreundschaft bei der Durchführung der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Vertrages zum Ausdruck.

Das Treffen dauerte ca. 2 Stunden und 45 Minuten.